

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

trotz Sonnenschein und Fussball-EM ging es in den letzten Wochen vor der Sommerpause im Bundestag und in NRW nicht nur ruhig und entspannt zu.

Viele spannende und wichtige Themen dominierten die Tagesordnung und DIE LINKE hat klar Stellung bezogen: sei es bei den Sozialtarifen für Energie für finanzschwache Privathaushalte, bei der Debatte um das BKA-Gesetz, der Entsendung der Quick Reaction Force (QRF) nach Afghanistan oder angesichts der steigenden Rüstungskosten in Deutschland.

Aber auch aus NRW gibt es einiges zu berichten. Integrationspolitische Positionen der Linksfraktion und Sozial- und Rentenpolitik der LINKEN waren Gesprächsstoff von Veranstaltungen und Diskussionsrunden in NRW.

Nicht zuletzt möchten wir auch Eindrücke unserer politischen Reisen schildern. So waren wir in Lima beim Alternativgipfel vertreten und haben in Polen die EU-Außengrenzen besichtigt, einen weiteren Baustein der „Festung Europa“.

Wir wünschen allen eine schöne und erholsame Sommerzeit und viel Spaß beim Lesen!

Hüseyin Aydin, Sevim Dagdelen, Inge Höger, Ulla Jelpke, Ulla Lötzer und Paul Schäfer

Impressum:

**V.i.S.d.P: Anna Conrads
Koordinationsbüro Landesgruppe NRW, Tel:
01577/ 24 76 324, mail:
landesgruppe@dielinke-nrw.de**

Hüseyin Aydin, Bundestagsabgeordneter aus Duisburg

Integration: DIE LINKE fordert mehr Geld für Sprachkurse

Hüseyin Aydin beim Treffen der Duisburger Integrationsnetzwerke

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat am 11. Juni diesen Jahres erstmals zu einem Treffen der Integrationsnetzwerke, von PolitikerInnen und der Duisburger Stadtverwaltung eingeladen. Als VertreterInnen der Politik kamen Hüseyin Aydin von der LINKEN und Petra Weis



(SPD) zu dem Treffen im „Kleinen Prinzen“. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Darstellung und Bewertung der einzelnen Duisburger Integrationsprojekte für die Zielgruppen Jugendliche, Berufsanfänger und Frauen.

Bessere Vernetzung tut Not!

Bei der Bewertung der laufenden Integrationsmaßnahmen in Duisburg zu Beginn der Diskussionsrunde waren sich die DiskussionsteilnehmerInnen weitgehend einig. Diese Maßnahmen wurden als erster Schritt in die richtige Richtung bewertet. Große Unterschiede ergaben sich jedoch bei der Diskussion um den weiteren Ausbau der künftigen Angebote.

Hüseyin Aydin kritisierte die noch mangelhafte Vernetzung der Träger der Integrationsmaßnahmen. Vor allem Organisationen von Migrantinnen und Migranten müssen wesentlich stärker in die Konzeption der Kurse mit einbezogen werden. Auch die Qualität der Sprachkurse sollte deutlich verbessert werden. Die Stundenzahl für Sprachkurse für Zuwanderer von 900 Unterrichtsstunden und die Ausstattung der Kurse reichen bei weitem nicht aus.

Der Abgeordnete Aydin forderte die Anhebung auf mindestens 1200 Stunden und die Erhöhung der Stundensätze auf 3 Euro pro Stunde je Schülerinnen und Schüler. Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Sprachkursen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integrieren zu können. Dies kann jedoch nur mit einer gut fundierten Sprachausbildung funktionieren, die einen Einstieg in eine Weiterbildung und an einem Arbeitsplatz erst möglich macht

Flüchtlinge werden weiter ausgegrenzt!

Hüseyin Aydin wies darauf hin, dass Asylbewerberinnen und -bewerber und geduldete Flüchtlinge in den Maßnahmen gar nicht beachtet werden. Damit ist für sie eine weitere Ausgrenzung aus der Gesellschaft vorprogrammiert.

Auch sie müssen endlich das Recht bekommen, an Sprachkursen teilzunehmen.

Integration erfordert einen ganzheitlichen Ansatz in den Bereichen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie Stadtentwicklung. Hier

gibt es in Duisburg erhebliche Defizite. Die Gefahr der Ghettoisierung von Migrantinnen und Migranten besteht in mehreren Duisburger Stadtteilen. Kindern aus Migrantenfamilien müssen gleichbehandelt werden, in der Schule und bei der Vergabe von Lehrstellen. Ihnen muss endlich eine Perspektive geboten werden. Aydin begrüßte deshalb, dass die Duisburger Linksfraktion ein Integrationskonzept für Duisburg auf den Weg gebracht hat und auch der Duisburger Kreisverband der LINKEN ein Kapitel zu diesem Thema für ihr Kommunalprogramm diskutiert.



Hüseyin Aydin (2.v.links) mit Petra Weis (links) auf der Netzwerktreffen im „Kleinen Prinzen“ in Duisburg

Termine der MdB in NRW

5.7. Berlin: Demonstration und Kundgebung mit MdB Sevim Dagdelen: Für ein globales Recht auf Migration

13.7. Politische Matinee „Sozialdumping und Aufrüstung per EU-Vertrag? Wie Weiter nach der Abstimmung in Irland über den Vertrag von Lissabon?“ von 11-15 Uhr, Wahlkreisbüro Sevim Dagdelen, Allee-str. 36, Bochum

18.-21.7. Inge Höger: Teilnahme am Sommercamp des Aktionsbündnisse „Rosa Heide gegen Bombodrom & Militarismus“

5.8. Inge Höger: Teilnahme am Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock im Wahlkreisbüro in Herford zur Vorbereitung der Aktivitäten zum Antikriegstag

7.-12.8. Ulla Lötzer ist bei der Sommerakademie der Sozialistischen Linken

16.8. 19:30 Inge Höger auf dem Podium der öffentlichen Gesprächsrunde zwischen Kirche und Politik zum Thema „Bleiberecht von Flüchtlingen“, Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Bad Oeynhausen

20.8. Infoveranstaltung „Neues Einbürgerungsrecht“ mit Sevim Dagdelen in Düren

Paul Schäfer wird im August verschiedene Bundeswehrstandorte in NRW besuchen. Parallel finden Veranstaltungen mit lokalen Friedensinitiativen statt. Stationen sind Kleve (18. 8.), Aachen (19. 8.), Geilenkirchen (21.8.), Bonn (25. 8.), Köln (26. 8.), Rheine (27. 8.). Nähere Informationen zu Ort und Zeit im August unter www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=termine

Sevim Dagdelen, MdB aus Bochum:

Wege aus der Altersarmut: Diskussion mit DGB SeniorInnen in NRW

Das Problem der wachsenden Altersarmut gerät immer mehr in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Auf Einladung des DGB Ruhr-Mark referierte MdB Sevim Dagdelen daher am 9. Juni in Herne zum Thema „Wege aus der Altersarmut“. In gemütlicher und netter Atmosphäre waren zu dieser Diskussionsveranstaltung über 30 sachkundige Interessierte der DGB-SeniorInnengruppe in die „Zille“ gekommen. Das Referat umfasste die Ursachen, Folgen und Forderungen der Linken zum Thema Altersarmut und gab einen Überblick über die Rentenpolitik. Ursachen der Altersarmut

Anschließend wurden in der regen und solidarischen Diskussion die Positionen der Linksfraktion und die bevorstehende Rentenkampagne erläutert.

Schnell waren sich alle Beteiligten einig: Keine ausreichende Rente zu haben, bedeutet auf Grundsicherung im Alter angewiesen zu sein. Dies liegt auf dem Armutsniveau von Hartz IV und ermöglicht keine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es wurden notwendige Konsequenzen diskutiert, die Forderungen der Linksfraktion stießen auf durchweg positive Resonanz in dieser Runde, die aus



vielen ehemaligen Betriebs- und Personalräten sowie gewerkschaftlich Aktiven bestand: Altersarmut muss verhindert und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sichergestellt werden. Besonders die Ursachen für einen Anstieg der Altersarmut - Massenarbeitslosigkeit, stagnierende Löhne, die Senkung des Rentenniveaus und die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf - müssten bekämpft werden. Auch in anderen

Punkten waren man sich schnell einig: Der Versichertenkreis der gesetzlichen Rentenversicherung sollte auf alle Erwerbstätigen ausgeweitet werden, die Rentenbeiträge für ALG II-Beziehende müssten angehoben werden Leistungen in Kindererziehung und Pflege sowie Ausbildungszeiten müssten mehr als bisher Berücksichtigung finden.

Um die Zusammenarbeit vor Ort, besonders im Kampf gegen die Rente mit 67, zu stärken, wurden die DGB SeniorInnen nach Berlin eingeladen.



Diskussion mit DGB-RentnerInnen in Herne, Sevim D. mittig

Kurznachrichten: Gedenken an die Bücherverbrennung Sevim Dagdelen auf dem Alternativgipfel



Sevim Dagdelen (Mitte) auf dem Alternativgipfel in Lima

18.05.2008: MdB Sevim Dagdelen vertrat DIE LINKE auf der Lateinamerikareise der Bundeskanzlerin Merkel u.a. zum EU-Lateinamerika-Gipfel in Lima. Auf Einladung des Alternativgipfels des „Enzalanda Alternativas“ nahm sie an der Abschlusskundgebung mit über 30.000 Menschen teil. Unter den Rednern waren der Präsident Boliviens, Evo Morales, MdB Sevim Dagdelen und der Vizepräsident Kubas, Carlos Lage.

Anlässlich des 75. Jahrestages der Bücherverbrennung in Bochum hat MdB Sevim Dagdelen am 10. Juni nachmittags in der Innenstadt aus verbrannten Büchern vorgelesen. Bei der zentralen Abendveranstaltung in der Christuskirche zitierte sie auf Einladung des Bündnisses gegen Rechts vor hunderten von begeisterten ZuhörerInnen das Gedicht „An die Nachgeborenen“ von Bert Brecht.



Sevim Dagdelen liest Bert Brecht

Inge Höger, Mitglied im Verteidigungsausschuss für die Fraktion DIE

LINKE:

Ausstieg aus Hochrüstung und Krieg

„Rüstung und Krieg nehmen global immer bedrohlichere Ausmaße an und deutsche Politik ist mit verantwortlich für diesen Missstand. Dieses bedenkliche Fazit ergibt die Lektüre zweier aktueller Publikationen. Sowohl der Jahresbericht des Stockholmer SIPRI Institutes als auch das Friedensgutachten 2008 mit Ergebnissen führender Friedensforschungsinstitute, machen klar, dass es keine Alternative zu massiven und unverzüglichen Abrüstungsschritten gibt.



Rüstungsausgaben (plus 6%), Rüstungsproduktion (plus 8%) und Rüstungsexporte (plus 7%) haben global deutlich zugenommen. Allein im letzten Jahr wurden weltweit 1,4 Billionen Dollar für Rüstung und Militär ausgegeben. Ärgerlich ist die Tatsache, dass Deutschland im SIPRI-Ranking zu wiederholten Male prominente Plätze unter den Top-Ten einnimmt: bei den Rüstungsausgaben landet Deutschland auf Platz sechs, bei den Rüstungsexporten sogar auf Platz drei nach den USA und Russland. Die Deutsche Exportpraxis ist auf diese Weise mit verantwortlich dafür, dass der Nachschub an Waffen für Krisen- und Konfliktregionen nicht versiegt. Diese neue Hochrüstungsspirale, angetrieben besonders durch die USA und unterstützt durch NATO-Staaten wie Deutschland, hat ein zerstörerisches Potential mit globalen Dimensionen.

Window of opportunity – Jetzt nutzen!

Die Autoren des SIPRI-Gutachtens sind trotz dieser Entwicklungen optimistisch und sehen zur Zeit eine einmalige Gelegenheit, ein „window of opportunity“, für Rüstungskontrolle. Vielleicht sollte man besser von einer besonderen Notwendigkeit für Abrüstung reden, für Optimismus bezüglich der Bereitschaft zur Abrüstung bei den führenden Militärmächten, besteht leider wenig Anlass. Allein die Raketenabwehrpläne der USA und nun auch die der NATO, tragen maßgeblich zur Beschleunigung der globalen Rüstungsspirale bei.

Auch zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges gibt es immer noch riesige Atomwaffenarsenale, die nun von Ländern wie den

USA, Frankreich, Russland und Großbritannien durch neue Generationen von Atomwaffen ergänzt werden. Acht Staaten verfügen nach SIPRI-Angaben noch immer über zusammen etwa 25.000 nukleare Sprengköpfe. 10.200 davon sind gefechtsbereit. Die Autoren des Friedensgutachtens weisen zu recht darauf hin, dass Strategien einer militärischen Ordnungspolitik ausnahmslos gescheitert sind. Leider setzt die Bundesregierung immer entschiedener auf Strategien militärischer Stärke. Anfang Juni feierte die Bundeswehr diesbezüglich ein fragwürdiges Jubiläum: Bereits 250.000 Mal erhielten Soldaten seit 1992 einen Marschbefehl für Auslandseinsätze.

Abzug der Nuklearwaffen gehört dazu!

Wer Konflikte lösen und ihre Ursachen bekämpfen will, der muss mit der Abrüstung der eigenen Bedrohungspotentiale beginnen, dazu gehört auch der Abzug der Nuklearwaffen, die immer noch in Deutschland lagern. Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen in Deutschland und der Europäischen Union beginnen, nur so kann glaubwürdiger Druck für die Abrüstung anderer Militärmächte erzeugt werden.



Deutlich gestiegen: die Rüstungsausgaben in Deutschland! Foto: flickr.com, lyle58, cc-lizenz)

DIE LINKE. setzt sich ein für einen Stopp deutscher Rüstungsexporte und für eine drastische Kürzung der Rüstungsausgaben. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, Abschied zu nehmen von Strategien militärischer Stärke und globaler Intervention. Den SIPRI-Bericht und das Friedensgutachten muss die Regierung zum Anlass für einen grundlegenden Politikwechsel zu nehmen, ihre Rüstungsprojekte zu stoppen, ihre Auslandseinsätze zu beenden und zukünftig auf zivile Formen der Konfliktregulierung zu setzen.

23.8. MdB Sevim Dagdelen lädt Bochumerinnen und Bochumer zum gemeinsamen Grillfest ein, 16.00 Uhr, Bochum

30.8. Inge Höger: Teilnahme an der Umrundung des NATO-Flugplatzes Büchel als zivile Inspektion

September: Die IG-Metall Vertrauenskörperleitung der Tyssen-Schienteknik Duisburg lädt Hüseyin Aydin zu einer Diskussion zum Thema Mindestlohn ein. (Der genaue Termin wird noch bestätigt)

6.9. Ulla Jelpke nimmt an der Demonstration gegen Neonazis in Dortmund teil

8.9. Hüseyin Aydin besucht und unterstützt die Leiharbeitstour der IG-Metall, die in Duisburg und Dinslaken Station macht.

9.9. Ulla Lötzer ist beim Aktionstag der Uni-Klinken zum Pflegenotstand, Köln

12.9. Inge Höger ist beim Hartz IV Tribunal im Landtag NRW, 15-18 Uhr

12.-14.9.: Hüseyin Aydin nimmt als Mitorganisator und Redner an der Konferenz der Europäischen Föderation der Dersimgemeinden „Rettet das Munzertal - kein Staudamm in Dersim!“

13.9. Ulla Lötzer nimmt an der Mitgliederversammlung der AG Betrieb und Gewerkschaft NRW teil

13.-14.9. Bochumer Herbstschule „Was will DIE LINKE?“, Wahlkreisbüro Sevim Dagdelen, Alleestr. 36, Bochum

20.9. Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen und Ulla Lötzer sind bei der Demonstration gegen die Anti-Islam-Konferenz, Köln

Mehr Infos zu den Terminen in den jeweiligen MdB-Büros!

LINKS ZU REDEN, INITIATIVEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Hüseyin Aydin:

Rede: Entwicklung braucht Bildung! Im Entwicklungshaushalt sind nur 1 % für die Förderung der Grundbildung vorgesehen, <http://linksfraktion.de/rede.php?artikel=1374400073>

PM: DIE LINKE fordert mehr Geld für Sprachkurse
Sprachkurse für Neuzuwanderer sind ein Schritt in die richtige Richtung
<http://linksfraktion.de/pressmitteilung.php?artikel=1212907115>

Sevim Dagdelen:

BT-Rede von Sevim Dagdelen zum Lagebericht der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, 19.06.
<http://linksfraktion.de/rede.php?artikel=1317727618>

Rede von Sevim Dagdelen, gehalten am 16. Mai 2008, auf dem Alternativgipfel in Lima/Peru. „Die EU ist kein Modell für Lateinamerika“
www.sevimdagdelen.de/de/article/79.rede_von_sevim_dagdelen_auf_dem_alternativgipfel_in_lima_peru.html

Sevim Dagdelen sieht in der Riester-Rente ein Instrument zur Umverteilung von unten nach oben.
www.sevimdagdelen.de/de/article/95.riester_rechnet_sich_nur_fuer_reichere_rentner.html

Inge Höger:

Rede von Inge im Bundestag am 25. Juni 2008
Die nukleare Teilhabe beenden, www.inge-hoeger.de

Anfrage der BT-Fraktion: „Die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/095/1609507.pdf>

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE

Lidl, Telekom, BKA – alle schnüffeln mit

Nicht nur der Staat schnüffelt – auch die Unternehmen greifen gern zu allen Mitteln, um ihre Mitarbeiter zu überwachen. Das haben verschiedene Skandale gezeigt – sei es die Videoüberwachung bei Lidl oder der Einsatz von zwielichtigen Privatdetektiven bei der Telekom und der Bahn.

Das beschäftigte selbstverständlich auch den Bundestag – denn schließlich zeigt sich hier, wie gering der Stellenwert von Datenschutz mittlerweile ist und welche Gefahren zum Beispiel durch die Vorratsdatenspeicherung entstehen. Das Bundeskriminalamt (BKA) soll künftig mitschnüffeln dürfen: Nach langem Hin und Her zwischen Union und SPD hat das Kabinett Anfang Juni dem Bundestag einen Entwurf für ein neues BKA-Gesetz vorgelegt. DIE LINKE lehnt dieses Regierungsvorhaben rundweg ab. Denn durch das Gesetz wird das BKA mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet, die Polizeiaufgaben mit geheimdienstähnlichen Methoden kombinieren: Kleiner und Großer Lausangriff, Spähangriff und nicht zuletzt die „Online-Durchsuchung“, also das Ausspähen von Festplatten, sollen in diesem Gesetz festgeschrieben werden. Dabei geht es aber nicht wie bisher um die Strafverfolgung, sondern um die „Gefahrenabwehr“. Das heißt: schon weit im Vorfeld einer konkreten Gefahr kann das BKA Wanzen und Videokameras in Wohnungen installieren. Dafür soll der Personalbestand um 500 Beamte wachsen. Das Thema wird uns auch noch nach der Sommerpause im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen beschäftigen.



Ulla Jelpke und polnische Grenztruppen während der Delegationsreise

Delegationsreise mit dem Innenausschuss

Mit einer Delegation des Innenausschusses habe ich im Mai Polen und die Ukraine besucht. Schwerpunktthema war die Grenzsicherung der EU. Polen hat derzeit das längste Stück der Landaußengrenze der EU zu „sichern“, also gegen MigrantInnen abzuschotten. An der Grenze zu Belarus und der Ukraine sind Zäune hochgezogen und breite Grenzstreifen angelegt worden. Die Ukraine ist eines der wichtigsten Transitländer für MigrantInnen in die EU.

Sie ist daher auch Hauptleidtragende der Entstehung eines „Raums der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts“: zum Beispiel, weil es den visumfreien „kleinen Grenzverkehr“ zwischen ihr und Polen nun nicht mehr gibt – für jede Einreise brauchen die UkrainerInnen nun ein teures Visum. Ein Abkommen zur Regelung des „kleinen Grenzverkehrs“ zwischen beiden Staaten wurde von der EU als nicht rechtskonform beanstandet.

Europameisterschaft: Deutsche Polizei in Nachbarländern im Einsatz

Die Europameisterschaft hat mich auch aus innenpolitischem Interesse beschäftigt. Durch eine Schriftliche Frage von mir wurde bekannt, dass die Bundesrepublik 1700 Polizisten zur EM in der Schweiz und Österreich entsendet hat. Außerdem wurden im

Vorfeld – ohne konkreten Anlass – Daten von fast 3000 Bundesbürgern dorthin übermittelt.

Aus NRW: Solidarität mit Rainer Sauer!

Der Kreissprecher der LINKEN in Bocholt sah sich in den vergangenen Monaten mit ernstesten Morddrohungen konfrontiert. Nachdem im Internet zu seiner Ermordung aufgerufen worden war, wurde vor seinem Haus scharf geschossen. Umso erfreulicher war, dass sich fast 3000 Menschen an einer Solidaritätserklärung im Internet beteiligt haben. Der Fall hat damit bundesweit für Aufsehen gesorgt. Erst auf diesen Druck hin fährt die Polizei nun regelmäßig Streife vor seinem Haus – dennoch gab es daran erst neulich wieder Schmierereien, u.a. wurden SS-Runen angebracht.

Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik der Fraktion DIE LINKE

Energiekonferenz in Essen – ein voller Erfolg

Mehr als 100 TeilnehmerInnen kamen zur Energiekonferenz der Bundestagsfraktion und des Landesverbandes NRW. Mit uns diskutierten darüber Vertreter vom BUND NRW und ATTAC, wie auch eines Sozialverbandes. Mit einem ganzen Strauß von Instrumenten sollen die vier großen Energiekonzerne entmachtet werden: Überführung der Netze in die Öffentliche Hand, Entflechtung der Erzeugung durch den Zwangsverkauf von Beteiligungen und Kraftwerkskapazitäten, die Rekommunalisierung durch Rückkauf der Stadtwerkebeteiligungen und Kündigung der Stromversorgungsverträge bis hin zur Vergesellschaftung der großen Vier.



Öffentliches Eigentum ist Voraussetzung für eine soziale und ökologische Daseinsvorsorge

Darüber hinaus bedarf es aber einer erheblichen Ausweitung der öffentlichen Kontrolle und Mitbestimmung. Es gibt Möglichkeiten, Einfluss auf die Geschäftspolitik öffentlicher Unternehmen zu nehmen, die oft nicht genutzt werden. Wichtig ist, Einfluss auf die Vertragsgestaltungen zu nehmen und dort soziale und ökologische Ziele festzuschreiben und Transparenz auch über die Tätigkeit der kommunalen Vertreter im Aufsichtsrat von RWE herzustellen. Darüber hinaus müssen jedoch die rechtlichen Schranken für die Einflussnahme gegenüber den Unternehmen im Aktiengesetz (Weisungsbindung, Verschwiegenheitspflicht) geändert und die Rechte der Kommunalparlamente und BürgerInnen in den Gemeindeordnungen gestärkt werden. Interessant waren auch Erfahrungen aus den USA, wo die Mitglieder

des Vorstands von den BürgerInnen gewählt werden

Sozialtarife und Einkaufsgenossenschaften!

Ein größer werdendes Problem ist die prekäre finanzielle Lage vieler privater Haushalte, die sich den Strom nicht mehr leisten können. Allein in NRW wurde im letzten Jahr 59.000 Haushalten der Strom abgestellt. Diskutiert wurden Vorschläge von kostenlosen Grundkontingenten und Sozialtarifen. Solange es keine bundeseinheitliche Lösung gibt, muss auf kommunaler Ebene geprüft werden, welches Modell durchsetzbar ist. Wichtig sind eine begleitende Energiesparberatung und Förderung der Anschaffung energiesparender Geräte. Ein anderer Ansatz, Einfluss auf die Energieerzeugung und -preise zu nehmen ist die Gründung von Einkaufsgenossenschaften wie der Energiegenossenschaft Rhein-Ruhr.

Unbestritten ist, dass die Zukunft einer sozialen und ökologischen Energieversorgung in einem Ausstieg aus Atom und Kohle liegt. NRW ist nicht nur Energieland Nr.1 es ist auch Miefmacher Nr.1 in Bezug auf den CO2 Ausstoß. Und das nicht wegen der Größe des Landes, sondern einer Energiepolitik, die an den Interessen der großen Vier, insbesondere des RWE orientiert. So ist z.B. im Bundesdurchschnitt der Anteil Strom aus erneuerbaren Energien 10% in NRW 4,8%. Nach wie vor setzen Landesregierung und Energiekonzerne auf den Neubau von Kohlekraftwerken. Das wird den CO2 Ausstoß vergrößern, statt zu verringern. Diese Energiepolitik kostet Beschäftigung, statt durch eine Wende zum Ausbau erneuerbaren Energien Beschäftigung zu ermöglichen. Eine Energiewende ist ökologisch und sozial lebensnotwendig, gerade in NRW. Wir werden die Diskussion auch in örtlichen Veranstaltungen und Arbeitsgruppen zu einzelnen Themen fortführen. Rekommunalisierung, demokratische Kontrolle und Sozialtarife, eine entschiedene Energiewende durch Dezentralisierung und den Ausbau von KWK und erneuerbaren Energien sind Themen, die wir auch im kommenden Kommunalwahlkampf auf die Tagesordnung setzen.



Podium der Energiekonferenz: mit dabei: Attac, Bundestagsfraktion DIE LINKE, BUND und Landesvorstand NRW DIE LINKE

PM: Krankenhausfinanzierung auf sichere Füße stellen, www.inge-hoeger.de

Ulla Jelpke:

BT-Rede von 26.06.: Abschiebungen in den Kosovo stoppen! <http://ulla-jelpke.de/index.php?rubrik=1>

PM: Pressemitteilung: Wunder Punkt getroffen. Ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat aus der Rede vom Freitag, 20. Juni, zum Bundeskriminalamts-Gesetz hat für Empörung bei den Regierungsfractionen gesorgt. <http://ulla-jelpke.de/index.php?rubrik=17>

Rede von Ulla Jelpke am 20.06. im Bundestag: Nein zum BKA-Gesetz <http://linksfraktion.de/rede.php?artikel=1318463928>

Ulla Lötzer:

Bundestagsrede zu Steinkohle: www.linksfraktion.de/rede.php?artikel=1367738900

Antrag: Tariftreue europarechtlich absichern! http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7765983835_1609636.pdf

Auswertung des Fachgesprächs Rekommunalisierung <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfmdb/7763064770.pdf>

Paul Schäfer:

Briefing: US-Streitkräfte in Deutschland (http://www.paulschaefer.info/cms/userfiles/File/us_stpkt.pdf)

Artikel: Deutschland als internationaler Kriegsdienstverweigerer www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=wt59

Pressemitteilung: Afghanistan: Notbremse statt Zielanpassung www.paulschaefer.info/seite.asp?ID=pm080604

MdB vor Ort :
die Wahlkreisbüros:

Hüseyin Aydin:
Wahlkreisbüro Duisburg
Mülheimer Straße 57
47058 Duisburg
Tel.: 0203 - 805 56 77
Fax: 0203 - 805 56 76
hueseyin.aydin@wk.bundestag.de

Sevim Dagdelen:
Wahlkreisbüro Bochum
Alleestr. 36
44793 Bochum
Tel.: 0234 - 61 06 58 55
Fax: 0234 - 61 06 58 57
sevim.dagdelen@wk.bundestag.de

Inge Höger:
Wahlkreisbüro Herford
Kirchgasse 2
32052 Herford
Tel.: 05221 - 17 490 72
Fax: 05221 - 17 490 73
inge.hoeger@wk.bundestag.de
und Bielefeld:
August-Bebel-Strasse 126
33602 Bielefeld
Fon 0521 5202902
inge.hoeger@wk2.bundestag.de

Ulla Jelpke:
Wahlkreisbüro Dortmund
Münsterstraße 141
44145 Dortmund
Tel.: 0231 - 8 60 27 47
Fax: 0231 - 8 60 27 46
ulla.jelpke@wk.bundestag.de
und in Münster: Verspoel 7-8
48143 Münster
Telefon: 0251 - 4909246
jelpke.muenster@online.de

Ulla Lötzer:
Wahlkreisbüro Köln
Montanusstr. 1
51065 Köln
Tel.: 0221 - 608 69 26
Fax: 0221 - 608 70 23
ulla.loetzer@wk.bundestag.de

Paul Schäfer:
Wahlkreisbüro Aachen:
Stolberger Straße 34
52068 Aachen
Telefon: 0241 - 9905231
Fax: 0241 - 9905228
paul.schaefer@wk.bundestag.de
und in Bonn: Vorgebirgsstr. 24
53111 Bonn
Tel: 0228-18468904
fax:0228-18468905
Paul.schaefer@wk2.bundestag.de

Landeskoordination
der Landesgruppe:
Anna Conrads, 01577 / 24 76 324
landesgruppe@dielinke-nrw.de

**Paul Schäfer, verteidigungspolitischer Sprecher
Fraktion DIE LINKE:**

Afghanistan: Der nächste Eskalationsschritt

Die Groteske um die Zahl der zusätzlich nach Afghanistan zu entsendenden Bundeswehrsoldaten ist ausgespielt, die Tragödie der deutschen Kriegseteiligung indes geht weiter: Seit dem ersten Juli stellen Soldaten der Augustdorfer Panzerbrigade „Lip-
perland“ die Schnelle Eingreiftruppe (Quick Reaction Force, QRF) in der Nordregion. Im Unterschied zu den bisher entsendeten Bundeswehreinheiten beschränkt sich der Auftrag der QRF nicht im wesentlichen auf Eigensicherung und Aufbau: Sie ist eindeutig als Kampfverband konzipiert. Nur am Rande soll sie reguläre Aufgaben übernehmen, wie z.B. Patrouillen, Unterstützung von wichtigen Regierungsakten, Überwachung und Aufklärung in der Region; ihr eigentlicher Zweck sind offensive Militäraktionen.

Die norwegische QRF, die nun von den Bundeswehrsoldaten abgelöst wird, ist zu diesem Zweck allein im vergangenen Jahr 26mal ausgerückt. Sie hat sich intensiv an der Operation „Harekate Yolo II“ in der Grenzregion zwischen den Regionalkommandos West und Nord beteiligt und ist dabei in die schwersten Gefechte Norwegens seit dem zweiten Weltkrieg geraten. Mit bemerkenswert wenig Erfolg: Nur wenige Monate später fanden im selben Gebiet im Rahmen der Operation „Kares“ nicht minder schwere Kämpfe statt – die QRF war wieder mittendrin. Viel mehr ist über ihre Einsätze nicht bekannt. Der Bundesregierung ist das durchaus recht: Bei meiner Kleinen Anfrage zur QRF hat sie aus „operativen Gründen“ die Antwort auf viele Fragen schlicht verweigert.

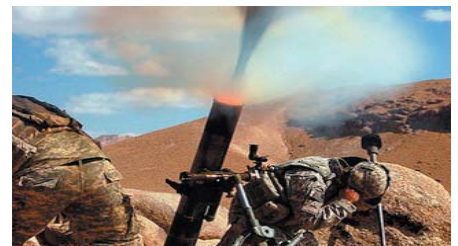
Peinliches Possenspiel von Jung
Gleichwohl ist der nächste Eskalationsschritt bereits abzusehen: Nach einem monatelangen peinlichen Possenspiel um „militärische Ratschläge“ und „Einsatzerfordernisse“ hat sich Verteidigungsminister Jung darauf festgelegt, im Oktober das Bundeswehrekontingent in Afghanistan um 1000 Mann aufzustocken. Die Beschwichtigungen aus der zweiten Reihe, es handele sich dabei um eine bloße Schwankungsreserve und niemand wolle tatsächlich tausend zusätzliche



Soldaten in den Krieg schicken, wirken wenig glaubhaft: Schon klagt der Bundeswehrverband, er sähe die Verstärkung lieber heute als morgen am Hindukusch, und dem NATO-General Egon Ramms fallen für gut 700 der bewilligten 1000 Soldaten aus dem Stegreif Verwendungsmöglichkeiten ein.

Das Ziel indessen, dass sich die NATO in Afghanistan auf die Fahnen geschrieben hat und für das all diese Mittel aufgeboden werden sollen, gerät zunehmend aus dem Blickfeld der Kriegführenden. Das ist nicht überraschend: Wer die großen Versprechungen von Frieden, Demokratie und Wohlstand mit der traurigen Realität aus Krieg, Warlord-Herrschaft und Korruption vergleicht, braucht viel Phantasie, um das fulminante Scheitern wegzureden also wird lieber geschwiegen.

Streben in die falsche Richtung
Dramatisch daran ist, dass mittlerweile auch die ohnehin unzureichenden Anstrengungen eines zivilen Wiederaufbaus der Militärstrategie einverleibt und untergeordnet werden. Das immer beharrlichere Streben der Bundes-



Auf dem Holzweg: Soldaten in Afghanistan
Foto: opendemocracy, cc-Lizenz/ Flickr.com

regierung und der NATO in die falsche Richtung macht eine schnelle Bilanz notwendig: Man spielt seit sieben Jahren die militärische Karte, und alles, was man erreicht hat, ist eine Verschlechterung der Situation. Es wird Zeit, auf die zivile zu setzen: Wiederaufbauprogramme besser auszustatten, die Zivilgesellschaft zu stärken, die Entwicklung staatlicher Institutionen zu unterstützen und Modelle ziviler Konfliktbearbeitung vorzulegen. Die Bundesregierung mag das nicht wollen. Umso dringender muss ihr gezeigt werden, dass ihr Arbeitgeber, das Volk, es will. Die Demonstrationen gegen die Mandatsverlängerung am 20. September sind eine gute Gelegenheit dazu.